

Wie man dann einen solchen neuen Brand löschen will, ohne mit den Tendenzen des Berliner Vertrages oder unter sich in Konflikt zu geraten, ist schwer ersichtlich.

Gestern sind die verschiedenen Fraktionen des Abgeordnetenhauses in die Beratung über die neue kirchenpolitische Regierungsvorlage eingetreten. Möchte man die „Nat.-Ztg.“ als das Sprachrohr der gesamten national-liberalen Partei betrachten, so unterläge es nicht dem geringsten Zweifel, daß diese mit den Fortschrittler gemeinsam eine Sache machen und den Gesetzentwurf aus staatsrechtlichen und politischen Motiven a limine von der Hand weisen würde. Indessen ist es eine offenkundige Tatsache, daß Herr v. Bennigsen und das Gros der National-Liberalen in dieser Angelegenheit von sehr viel regierungsfreundlicheren Gesinnungen erfüllt sind, als die Sprache jenes Parteiorgans vermuthen läßt und auch dieses wird den Kriegspfad, auf dem es jetzt mit so gewaltigem Lärm einherwandelt, schon verlassen, wenn Herr v. Bennigsen erst auf den Plan getreten ist und die Fiktion zerstört hat, daß der Kultusminister v. Buttler der Vater des antihöflichen Elaborsats sei. Es ist daher mit ziemlicher Sicherheit vorzusehen, daß eine Vereinbarung zwischen den National-Liberalen und den konservativen Elementen der Reichsversammlung, zumal die letzteren, allerdings aus den verschiedenartigsten Beweggründen, sehr dringend die Annahme, und zwar so möglich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs wünschen. Im Centrum dagegen, wo gestern gleichfalls die Prüfung der Vorlage begonnen hat, besteht sich mehr und mehr die Überzeugung von der absoluten Notwendigkeit der Ablehnung einer Vorlage, welche in der Hand eines lächelnden Ministers zu einer sehr viel gefährlicheren Waffe für die katholische Kirche werden könnte, als die bestehenden Gesetze es sind. Ohne Zweifel wird man daher zunächst bestrebt sein, auf eine durchgreifende Abänderung der Vorlage hinzuwirken und sollte dieser Versuch misslingen, so würde für das Centrum allerdings nichts weiter erübrigen als ein ablehnendes Votum. Auf jeden Fall ist eine Spaltung der Partei nicht zu befürchten, obgleich darauf in Regierungskreisen stark gerechnet wird.

Berlin, 23. Mai. Die kirchenpolitische Vorlage beschäftigt noch alle Kreise. Die „Post“ und einige andere Zeitungen haben bereits den Anfang gemacht, die Auslassungen der wichtigeren Blätter zusammenzufassen und hier ergibt sich denn das Resultat, daß die katholische Presse gegen die Vorlage ist, weil die in Aussicht gestellten Konzeptionen zu gering und zu unbedeutend sind, während die liberale Presse die Vorlage deshalb bekämpft, als wenn sie zu weit gehende Konzeptionen mache und den Boden der Mäßigkeit unterminiere. Soll dieses etwa eine Tautologie sein, um den Katholiken die Annahme der Vorlage erschweren zu machen, so hätte man sich stark bedacht, denn auch wir Katholiken haben Augen, um zu sehen. Wir sehen zunächst, daß in den Kreisen des Reichstages sich neuerdings eine entschiedene Strömung zum Absolutismus kundgibt und daß unser Konstitutionalismus nicht nur immer mehr in die Brüche geht, sondern auch stets von Neuem bedroht wird. Beweise dafür sind die nunmehr zum zweiten Male erfolgte Bewilligung des Militärs-Septennats, das Projekt zweijähriger Budget-Perioden, einseitige Verfassungsauslegung und jetzt zuletzt eine Vorlage, nach welcher bestehende Gesetze willkürlich geändert werden sollen! Der National-Liberalismus hat von Anfang an diesen Gesichtspunkt herausgeholt, als man vernahm, daß eine solche Vorlage in der Luft schwebte. Das „Berliner Tageblatt“ ließ jedoch bei dem Bekanntwerden der Vorlage diesen Gesichtspunkt bald fahren und erklärte sich für den Fall, daß ein Minister, wie Herr v. Bennigsen, die Vorlage in dieser Hinsicht ausgearbeitet würde, mit der Vorlage so ziemlich einverstanden. Unter den katholischen Blättern glauben wir zwei besonders hervorheben zu müssen, welche sich gegen den Entwurf aussprechen. Die römische „Mucrona“ hält den Gesetzentwurf bezüglich der Mäßigkeit, durch welche statt Abschaffung derselben eine nur geringe Milderung der verhassten Gesetze bewirkende Diktatur der Regierung in Dingen zwischen der Kirche und dem Staate geschaffen würde, für unannehmbar. Der „Kurier Posen“ behauptet, daß man als ein Blatt des Posener Domkapitels anzusehen gewohnt ist, spendet ferner der Vorlage ein gewisses Lob, man erblicke in derselben ein gewisses Verständnis für den Geist der katholischen Kirche, wovon in der Mäßigkeitsebene nicht das Geringste vorhanden ist. Dagegen fährt dasselbe fort: „Unangenehm hat es uns berührt, daß man auf die Rückkehr der beschaulichen Ordensgesellschaften, welche sich der Wissenschaft und dem Lehrberuf widmen, nicht hoffen darf; daß die Wiederherstellung der durch die Mäßigkeit ausgeschlossenen Jurisdiktion des Papstes nicht deutlicher und in einem besonderen Paragraphen formuliert worden ist; daß der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, statt ganz aufgehoben zu werden, nur in seiner Kompetenz beschränkt worden ist und daß, obgleich er nicht die Berechtigung haben soll, die Geistlichen ihres Amtes zu entsetzen, er sie doch des Amtes für unfähig erklären kann; ferner, daß man die Rückkehr der verbannten Geistlichen gar nicht erwähnt hat, ausgenommen die Bischöfe, denen der König die früheren Diözesen wieder verleihen kann; und endlich, daß alle übrigen Sachen der Entscheidung des Gesamtministeriums anheim gegeben sind, in weniger wichtigen Angelegenheiten aber der Entscheidung der Oberpräsidenten, welche auf Grund der bestehenden nicht aufgehobenen Gesetze die Kirche unanfechtlich im Belagerungszustand erhalten können.“ Natürlich ist es preussische Tradition, die schwebende Faust recht kräftig auf der katholischen Kirche loszuwerfen und bei allem echeucheltem Wohlwollen, welches durch die Vorlage hindurchschimmert, erkennt man doch sehr leicht, woran man ist. Wenn selbst die angeordneten Mobilisationen der Mäßigkeitsebene, deren Tragweite die liberale Presse als eine ungeheuerliche und Schrecken einflößende bezeichnet, durchgehen, so ist doch nicht die geringste Bürgschaft für ein Besserwerden geleistet: nur tritt an die Stelle einer drakonischen Gesetzgebung ministerielle Willkür, die bei dem Einen bald so, bei dem Andern anders entscheidet. Wer kann darin ein Entgegenkommen erblicken? Offenbar nur derjenige, welcher von der herrschenden Begriffsverwirrung angesteckt ist. Wenn demnach die „Königliche Zeitung“ und ein belgisches Blatt ziemlich analoge Mittheilungen brachten von der kalten und mißvergnügten Aufnahme, welche das Elabarat des preussischen Ministeriums im Vatikan gefunden habe, so liegt das zwar in der gegebenen Situation, so unwahrscheinlich es auch ist, daß der Papst bereits jetzt sein Mißvergnügen offiziell kundgegeben haben soll.

Auch knüpft sich daran die Frage: soll die Vorlage eine Etappe sein auf dem Wege zum kirchlichen Frieden, oder betrachtet die Regierung dieselbe als die letzte Concession? Jedenfalls thäte man gut sich darüber klar zu werden, wäre es auch nur bloß deshalb, um sich über

den ganzen Umfang des Wohlwollens der preussischen Regierung gegen den Katholicismus zu vergewissern. Irrelevant würde die Antwort auf diese Frage allerdings für die Haltung des Centrums sein, mögen offizielle Organe auch noch so sehr drohen für den Fall, daß das Centrum sich weigert, der Regierung die diskretionäre Gewalt zu erteilen. So überflüssig es auch erscheinen mag, so beachtlich ist nach der „Magdeburger Zeitung“ ein beiderseitiger Theologe und ein namhafter Jurist, den Gesetzentwurf über die Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze in einer Denkschrift zu beleuchten, die bis zur ersten Lesung der Vorlage erscheinen soll. „Die theologische Anschauung vermisst in dem Entwurf die Bezugnahme auf die protestantische Kirche, die durch den Kulturkampf in Mitleidenschaft gezogen war, ohne daß sie Aussicht hat, durch den möglichen Vergleich zwischen Staat und Kirche ihre verloren gegangene Position zurückzugewinnen. Die juristische Deduktion nimmt Anstoß an dem Rechtsnovum, daß Gesetze je nach dem Gefallen von Verwaltungsbeamten ausgeführt oder ignoriert werden sollen. Erwünscht ist die regste und vielseitigste Aussprache über die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Vorlage. Eine materiell wie temporär unbegrenzte Bollmaße dem Kultusminister zu erteilen, scheint man wenig geneigt zu sein. Auf der anderen Seite bestrebt man sich mit dem Gedanken, den Kulturkampf zu Ende zu führen, wenn dies ohne Gefährdung des Staatsinteresses möglich ist.“

Bekanntlich brachte das „Dresdener Journal“ ein Tementi, indem es erklärte, die Reise des Königs von Sachsen nach Berlin sei beschlossene Sache gewesen, schon ehe jene Ereignisse eintraten, welche angeblich Veranlassung zu der Reise gegeben und zu den bezw. Erörterungen geführt haben sollten, und es seien demnach die Vermuthungen über den politischen Charakter der Reise des Königs ganz hinfällig. Dieser „Gegenbeweis“ ist nun, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, freilich für sich allein nicht stichhaltig, denn auch wenn die Reise längst beschlossen war, kann doch die Konferenz mit dem Reichskanzler, welche nicht wegzuleugnen ist, einen politischen Charakter gehabt haben. Es ist nicht anzunehmen, daß König Albert sich mit Bismarck nur über Nervenleiden, Schnupfen u. s. w. eine Stunde lang unterhalten hat, auch ist in hiesigen, sonst vom Hofe aus sehr gut unterrichteten Kreisen die bewußte Konferenz als eine entscheidende das Gebiet der Politik berührende bezeichnet worden, allein — das „Journal“ ist offizielles Organ und dementirt — wir müssen's glauben.

Die Aufhebung, welche Herr Delbrück von offiziiöser Seite erteilt, ist neuerdings erklärlich geworden: Man unterstellt Herrn Reichskanzler-Präsidenten a. D. Dr. Delbrück den Vorwurf, der Nachfolger des Reichskanzlers Fürsten Bismarck werden zu wollen, und es ist aus Beispielen, die nicht namentlich genannt zu werden brauchen, bekannt, daß es nicht ohne Gefahr ist, in den Verdacht solchen Ehrgeizes zu kommen. Glücklicher Weise liegt für Herrn Delbrück in dessen Verabschiedung der sicherste Schutz; auch sind seine Verdienste so groß und so unbedingt anerkannt, daß es nicht gelingen wird, ihn auch nur in eines einzigen Augen zum Landesverräter zu stempeln. Im Uebrigen halten wir uns überzeugt, daß ungemein Viele sich von Herzen freuen würden, Herrn Delbrück an die Spitze der Reichsgeschäfte berufen zu sehen.

Ueber die Verlobung des Prinzen Wilhelm verlautet in der Presse gar Manches, aber noch war nichts bekannt über die Art und Weise, wie sie zu Stande kam, ob sie ein Akt der Konvention, mit welcher in fürstlichen Häusern die persönliche Initiative noch oder vielleicht ein Ehen geschlossen zu werden pflegen. Die Letztere hatte mit dieser Verlobung nichts zu thun. Prinz Wilhelm ist bekanntlich ein eifriger Jäger. Im vorigen Jahre folgte er einer Einladung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg nach Brimlenau zur Auerhahnjagd. Bei dieser Gelegenheit lernte er die Prinzessin kennen. Nach seiner Rückkehr ertheilte er seine Verlobung seinen hohen Eltern, und so wurde die Angelegenheit verfolgt bis zu einer förmlichen Werbung des Prinzen beim Vater der Braut. So hoch erweist dieser über den Antrag, so sehr wünschte er, daß das Paar mit der Hochzeit noch etwas warten möge. So wird wenigstens, laut der „Post“, von glaubwürdigen Personen erzählt, die über die Angelegenheit unterrichtet sein können.

München, 22. Mai. Unsere Gesandten-Affäre spukt noch immer in der Presse, weil man den Entschluß unserer Regierung nicht kennt, ob sie den Herrn v. Rudhart wirklich nach seinem Wunsch von Berlin abberufen oder daselbst belassen, demselben aber einen momentanen Urlaub gewähren wird. Die allgemeine Stimme war hier in dieser Angelegenheit von Anfang an die, daß unsere Staatsregierung das Recht unseres Gesandten in der entscheidenden Form zu wahren berufen sei, weil derselbe nicht für sich, sondern für den Bundesstaat Bayern in der Hamburger Angelegenheit seine Stimme abgegeben hat. So unsympathisch Herr v. Rudhart anfänglich der patriotischen Mehrheit unseres Volkes war, da derselbe allzusehr für den leitenden Staatsmann schwärmte, so sympathisch ist sein Name jetzt in den politischen Kreisen der Hauptstadt, weil er als Mann auch Bismarck gegenüber aufzutreten den Muth besaß. Es war sogar schon davon die Rede, dem Gesandten bei seiner eventuellen Rückkehr aus Berlin eine Ovation zu bereiten. Die Zeiten sind allerdings vorüber, wo jede Regung der nationalen Selbstständigkeit als ein Attentat auf das „Reich“ durstige gekennzeichnet werden. Nicht einmal der National-Liberalismus, welcher doch die Reichstreue in Erbpacht genommen haben will, wagt es, gegen berechnete Forderungen der Einzelstaaten Einspruch zu erheben. So sehr hat allerdings der Partikularismus bei uns zugenommen und das Vorgehen des Fürsten Reichskanzlers in dieser Angelegenheit ist am wenigsten geeignet, dieser erklärten Tendenz Einhalt zu thun; eher hat die Hamburger Affäre das Gegenteil bewirkt. — Auch die Neubekleidung der Stelle eines I. Sekretärs im Cabinet des Königs Ludwig hat in den letzten Tagen hier etwas Staub aufgewirbelt, ist jedoch sonst ganz glatt verlaufen. Nachdem man geglaubt, der frühere, vor 7 Monaten in Urlaub entlassene Sekretär Dr. v. Ziegler werde nicht mehr in seine frühere Stelle am Hoflager eintreten, wurde derselbe gleichwohl Pfingsten nach Schloß Berg berufen und die Folge davon war, daß der bisherige Sekretär Dr. v. Müller wiederum als Rath in das Ministerium des Innern zurücktritt und Dr. v. Ziegler die Leitung des I. Cabinets wieder übernimmt. Damit erledigen sich alle in der Berufung Zieglers geknüpften Kombinationen, namentlich jene, daß derselbe zum Nachfolger Rudharts in Berlin aufzusehen sei.

Demnach sollen die Sammlungen für die Mittelsbacher Wohlthätigkeitsstiftung durch das ganze Königreich ihren Anfang nehmen; allein wie ein Theil der Presse mit Recht sich gegen die einseitige Zusammensetzung des Centralcomites und auch der Provinzialcomites beklagt hat, ebenso gerechtfertigt ist die jetzt gegen die Art und Weise des Sammelns geführte Beschwerde. Diese Sammlungen sollen nämlich von Haus zu Haus, von Thüre zu Thüre vorgenommen werden, was einem Zwange gleich kommt, für welchen auch nicht einmal ein Schein von Wahrheit

vorhanden ist. Da dies ganze Sammelgeschäft zudem in den Händen der Verwaltungsborgane, hier der Bezirksämter, liegt, wie leicht kann da der Einzugsbogen zum Gradmesser der Königsstreu benutzt, gleichsam Proscriptionsbogen für bestimmte Personen werden! Das ist ganz gewiß nicht die richtige Art zur Gründung eines guten und nützlichen Werkes, weil eine solche ganz auf dem freien Willen der Geber beruhen soll. Da der Liberalismus es verstanden hat, sich in den verschiedenen Comites als Mäccheln zu geriren, so wird es auch auf seine Rechnung geschrieben werden müssen, wenn diese Sammlungen nicht das erhoffte und erstrebte Resultat haben sollten. — Die am Pfingstmontag eröffneten Passionsspiele in Oberammergau haben mehr als noch einmal so viel Leute in jenes oberbayerische Dorf gezogen, als Büllete erhalten konnten, weshalb die Aufführung am Dienstag vollständig wiederholt werden mußte. Abgesehen von einzelnen Kritikern, denen Niemand etwas recht machen kann, wird in großen liberalen Blättern sogar das Ensemble des Spiels als staunenerregend dargestellt. Von großem Interesse sind auch die neuen, kostspieligen, nach Zeichnungen bewährter Meister gefertigten Costüme für die Hauptrollenträger, wie für die in den lebenden Bildern zur Darstellung gelangenden fürstlichen Personen aus dem alten Testamente. Leider war schon die erste Aufführung am Nachmittag nicht mehr von guter Bitterkeit begünstigt, da sich in Folge eines Gewitters auf etwa eine halbe Stunde ein heftiger Platzregen eingestellt hatte.

Bremen, 16. Mai. Der hier bestehende Verein für Sonntagsschule, der etwa 5000 Mitglieder zählt, hat an sämtliche Geschäftsinhaber Bremens in einem Rundschreiben die Bitte ergehen lassen, an den Sonntagen die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in den Komptoirs ganz aufzuheben oder wenigstens thunlichst einzuschränken. In dem Rundschreiben heißt es:

„In den meisten Komptoirs ist es gegenwärtig noch Brauch, daß Kommitis und Lehrlinge auch Sonntags Komptoirs, wie jeden anderen Tag, erscheinen müssen. Nicht in ihnen allein aber gibt es jeden Sonntag, wie wir annehmen dürfen, für sie dort alsdann thätiges und zugleich Eitles, Unnützes und Schades. Man sagt eben dem alten Herkommen, ohne es aufzugeben, sich einem solchen, ja selbst bei abweichender Anschauung immer schwerer. Das Interesse am freien Sonntage, an einem vollen menschlichen Ausleben für die, welche es sich in der Woche schwer werden lassen müssen, ist offenbar überall in Deutschland im Wachsen. Alle Parteien, kirchliche wie politische, begünstigen es. Alle Stände und Alter empfinden es. Es hat sich längst auch unter Kaufmannschaft und Industrie, wie die zunehmende Einschränkung der Arbeit und Anwesenheit in den Komptoirs am Sonntag zeigt. Wir erlauben uns daher, an Sie die Bitte zu richten, Sonntags nur so viel Angehörige Ihres Personals und für so lange auf Ihr Komptoir zu rufen, wie unausführbare Geschäfte es erheischen, und zwar möglichst außerhalb der Hauptstunden des Geschäftsbetriebes.“

Österreich.

Wien, 23. Mai. Man erwartet, daß der englische Botschafter Wölfflin am Donnerstag oder Freitag in Konstantinopel eintreffen und sich unverzüglich seiner Aufgabe widmen wird. Die Prozedur wegen der von den Mächten an die Pforte zu erlassenden identischen Aufforderung wird dann, nachdem sich Gehörsen noch an Ort und Stelle informiert, vor sich gehen, und vernimmt man, daß die Feststellung des Textes der identischen Aufforderung in Konstantinopel gemeinsam von den Botschaftern erfolgen wird. Derselbe wird von der Pforte in Betreff Armeniens und Montenegro die Ausführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages und in Bezug Griechenlands verlangen, daß die Pforte für eine an Ort und Stelle zusammen tretende Grenzregulierungskommission die Garantie der Sicherheit jetzt übernehmen, welche sie zur Zeit der Verhandlungen anlässlich der früheren Salisbury'schen Note ablehnte. Sollte eine solche Garantie seitens der türkischen Regierung nicht übernommen werden, so würde in Bezug auf die griechische Frage eine Nachkonferenz der Mächte, welche sich hierüber in allen den Berliner Vertrag betreffenden Fragen in voller Uebereinstimmung befinden, stattfinden, wovon die Pforte verständigt werden wird. Für die Konferenz ist allerseitig Berlin in Aussicht genommen.

Laut Meldung aus Satali rücken 4000 Albanesen des Distriktes Dibre, durch eine große Anzahl türkischer Deserteure verstärkt, unter denen auch Ismail Bey, auf Tusi vor, um die dort gegen Montenegro konzentrierten Albanesen zu verstärken. Ein Angriff der Albanesen wird befürchtet.

Die „Montagsrevue“, die englische diplomatische Aktion besprechend, sagt, es werde unzweifelhaft in Europa nachhaltig empfunden werden, daß England aufgehört habe, das Gewicht seines gerade im Oriente hervorragenden Machtanspruchs zu Gunsten der erhaltenen Ideen der Orientpolitik in die Waagschale zu werfen. Schon die Aufhebung von Granville zu einem Kollektivschritt vor dem Bruch mit der bisherigen Politik, wie die mit Abstreifung aller kontinentalen Interessen und Rücksichten projektirte Konferenz, bedeuteten eine weitere Durchschiebung des bisherigen Systems. Demnach scheint es das Schicksal der liberalen Regierung in England zu werden bei voller Konsequenz der Ueberzeugungen von Inkonsequenz zu Inkonsequenz schreiten zu müssen.

Italien.

Rom, 17. Mai. Im Großen und Ganzen bleibt die Zusammensetzung der neuen Kammer dieselbe, wie die der alten. Die Progressisten haben wieder eine erdrückende Majorität, die verschiedenen Coloriten der Dissidenten lehnen, wenn sie auch etliche 30 Sitze verloren haben, mit ihren Führern Crispi, Nicotera und Zanarbelli zurück und werden unter ihrer Leitung die Jagd nach Portefeuilles fortsetzen, auch nöthigenfalls eine neue Coalition mit der Rechten zum Sturze des Ministeriums eingehen. „Die Vergangenheit“, sagt die „Mucrona“, „wird in der neuen Kammer ihre Fortsetzung finden, die ruhmlosen Abenteuer werden aber ihre Natur, und ihren Gegenstand ändern, der Krieg des Goismus wird fortauern und die Schmerzen des Vaterlandes werden sich steigern.“ Man darf daher auf eine nur kurze Dauer der 14. Session gefaßt sein und ihre ganze Bedeutung wird darin bestehen, daß sie den Ruin der revolutionären Institutionen Italiens vollendet. Das erinnert an die Prophezeiung des alten und neuen Deputirten Petrucci della Gattina in seinem Wahlprogramm: „Wenn die Regierung der Progressisten fortfährt wie bis jetzt, kann man nicht erwarten, eine fünfjährige Legislatur zu sehen.“ — Das rechtfertigt gewiß die feste, abwartende und vorbereitende Haltung der Katholiken.

Belgien.

Brüssel, 23. Mai. Der quiescirt Bischof von Tournay fährt fort, zu schriftstellern. Die „Independance“ scheint viel Wohlgefallen an den Ausfällen des Prälaten zu finden. Ueber einen Brief desselben in der „Globe belge“ schreibt sie, derselbe sei würdevoll gehalten und entziehe den liberalen Blättern, welche an der belgischen Sprache Anstoß nahmen, einen wichtigen Beweis für dessen Geistesstärke. „Herr Dumont“, sagt sie, befreit sich, sein Gedankengang bleibt derselbe, seine Empfindungen sind unverändert, seine Sprache wird feiner. Das ist nicht mehr die Sprache eines Narren.“ Der „Globe belge“ schickte der Bischof ein Consolats-Papier zu, wobei sich ein mit folgenden Worten beginnendes Begleitschreiben befindet: „Der

belgische Bischof, welcher dieses Consolat an die „Globe belge“ sendet, glaubt von ganzem Herzen, von ganzer Seele an die Gütlichkeit unseres Herrn Jesus Christus und glaubt fast Alles, was die heilige, katholische, apostolische und römische Kirche glaubt und lehrt.“ Herr Dumont glaubt also „fast“ Alles, was die katholische Kirche lehrt. Da bleibt nun wohl keine weitere Annahme übrig, als daß Herr Dumont entweder Reinkensianer oder verrückt geworden ist. Das Capitel der Cathedralen von Tournay hat dem Papste bereits einen Protest gegen die von Dumont wider ihn verübte Unbill überreicht.

Heute Vormittag fand das Leichenbegängniß des Fürsten von Vigne statt. Die Gedächtnisrede im Sterbehause am Sarge hielt Baron d'Anethan, Vizepräsident des Senats.

Frankreich.

Paris, 23. Mai. Die für den heutigen Tag angekündigte öffentliche Kundgebung hat sich darauf beschränkt, daß sich im Ganzen gegen 600 Personen, in einzelne Gruppen getheilt, über den Bastilleplatz nach dem Hofhof Pere Lachaise begaben und dort an der Mauer, an welcher die Kommunemitglieder am 23. Mai 1871 erschossen worden waren, Kränze niederlegten. Einige Personen, welche der Aufforderung der Polizeigewalt, weiterzugehen, keine Folge leisteten, wurden verhaftet. Eine ernstere Störung der Ruhe hat, obgleich eine große Menge Neugieriger sich angeammelt hatte, nirgends stattgefunden.

Großbritannien.

London, 22. Mai. Die „Pall Mall Gazette“ ist in der Lage, die jüngste Meldung zu bestätigen, daß der chinesische Botschafter am britischen Hof in London sich in einer Spezialmission an den St. Petersburg Hof beabsichtigt, die durch den zwischen China und Rußland abgeschlossenen Kuldja-Vertrag entstandenen Schwierigkeiten beigegeben werde. — Vor einiger Zeit wurde Lord Lytton, der bisherige Vizekönig von Indien, zum Kandidaten für die Vizekönigschaft der Universität Edinburgh aufgestellt. Nachdem aber die Studenten der Universität durch Professor Hodgson in Erfahrung gebracht, daß Owen Meredith (der Dichtername Lord Lytton's) sich vor geraumer Zeit eines großen Plagiats schuldig gemacht, indem er eine dem Französischen entlehnte Bearbeitung jersischer Volkslieder für die seine ausgegeben, haben sie ihren Beschluß rückgängig gemacht und an Lord Lytton's Stelle einen gewissen Sir Robert Christison zum Kandidaten für die Vizekönigschaft aufgestellt.

Rußland.

Petersburg, 23. Mai. In dem Prozesse Weimar ist der Hauptangeklagte Drestes Weimar, laut dem „Deutschen Montagsblatt“, nach akademischem Gelehrte eigentlich gar nicht Doktor der Medizin, da er eine Dissertation noch nicht eingebracht hat. In der zweiten Sitzung waren auch zwei Mitglieder des Kaiserhauses, Prinz Peter Oldenburg und Prinz Georg Leuchtenberg anwesend. Ebenso erschien wiederum der englische Botschafter Lord Dufferin, eine Thatsache, welche in russischen Kreisen sehr unangenehm berührt und viel besprochen wird. Die Zeugeneinvernehmung wurde durch einen griechisch-orthodoxen, einen lutherischen und einen katholischen Priester, sowie einen muslimanischen Mufti unternommen und so sich sehr in die Länge. Zwei Altgläubige verweigerten überhaupt den Eid. Auf der Zeugenbank saßen auch viele Damen; unter den männlichen Zeugen sind alle Stände vertreten, vom ordensgeschmückten Würdenträger bis zum gewöhnlichen Ruschik. Bald nach Beginn der Verhandlungen machte der Bertheiliger Stolschilow den Präsidenten aufmerksam, daß sich der Zeuge, Gensdarmen-Stabskapitän Solomow unter den Zuschauern befinde. Derselbe wurde darauf ins Zeugenzimmer verwiesen.

Die erste Gruppe der Zeugen, die vorgeführt wurden, stehen nun in Verbindung mit dem Fall von der Ermordung Meszenjef. Die interessantesten Aussagen machten bis jetzt der Kammerherr Bobisko, der Oberst Matasoff, sowie ein Dienstmann und ein Konditor. Nach den bisherigen Zeugenaussagen scheint die Sachlage folgende: Michailow ist überwiesen als Aufseher fungirt und den Mörder des General Meszenjef, sowie dessen Begleiter, welcher im Woghschen einen Schuß aus einem Revolver abgab, gefahren zu haben. Oberst Matasoff (Begleiter Meszenjef's) glaubt in dem Angeklagten Saburow jenen Revolverbesitzer, der Kammerherr Bobisko dagegen in Saburow den Mörder zu erkennen, welcher Meszenjef mit dem Dolch niederstieß. Die Aussage Matasoff's, der nicht dabei war, ist die wichtigste, sie stimmt auch mit dem Bericht, daß der wirkliche Mörder der russischen Regierung längst bekannt, jedoch in der Schweiz und deshalb unerreichbar sei. Er soll dort unter dem Namen Karshowski leben. Zuerst glaubte man noch, daß Einer der Angeklagten gehängt werden würde, Michailow oder Saburow. Heute nimmt man an, daß an keinem der Angeklagten die Todesstrafe vollzogen werden würde.

Unter den Zeugen wurde eine recht verdächtige Persönlichkeit mit eingeführt, es ist der ehemalige Polizeischreiber Shdanow, welcher mit den Sozialisten in Verbindung stand, ob als Spion oder wirkliches Mitglied, ist schwer zu entscheiden. Dieser Zeuge hat ein widerwärtiges Aeußere. Durch seine Aussagen wurden besonders auch die schauerhaften Zustände der russischen Polizei an das Tageslicht gerückt.

Shdanow steht jetzt selbst unter Polizei-Aufsicht. Der Angeklagte Trotschanski, gegen welchen er speziell aussagt, eben so dessen Bertheiliger, behandeln ihn mit jener Verachtung, welche er verdient. Bemerkenswerth ist noch, daß der Angeklagte Michailow selbst das Gericht auf Mißvertrauen aufmerksam machte, welche in den gegenwärtigen Zeugenaussagen gegen die in der Voruntersuchung gemachten hervortreten.

Unter den Zeugen fallen der Vater Bulanoff's, sowie der Gewehrfabrikant Wenig, bei dem der Revolver gefaßt wurde, und auch Weimars Bruder und Onkel besonders auf. Aufmerksamkeits erregen auch sieben Männer und drei Frauen, darunter Bibia Figner, welche selbst in einen anderen politischen Prozeß verwickelt sind.

Eine interessante Schilderung des verschiedentartigen Benehmens der Angeklagten entnehme ich dem heutigen „Petersb. Herald“. Die meisten der Angeklagten unterhalten sich ab und zu leise mit einander. Nur Dr. Weimar hat keinerlei Verkehr mit ihnen; er folgt den Vernehmungen, auch wenn sie ihn nicht persönlich treffen, auf das Aufmerksamste; öfter reicht ihm der Bertheiliger ein Glas Wasser. Den düstern Eindruck macht der Angeklagte Verdnikow. In seinen Augen ist der blassere Groll zu lesen, er fährt oft mit der Hand durch das unordentliche Haar, welches sichtlich lange Zeit ungetrimmt ist.

Ganz still, scheinbar theilnahmlos sitzt in der Ecke der hinteren Anklagebank der kleine Jude Löwenthal, eine riesige blaue Brille verdeckt theilweise das unschöne Gesicht.

Am beweglichsten ist Michailow; seine Blide schweifen fortwährend nach dem Publikum hinüber und bleiben oft auf seiner Schwefelröhre, welche täglich die aufmerksamste Zuhörerin der Verhandlungen ist. Mit kummervollem Antlitz, das Auge nicht abwendend von dem Bruder, den sie sehr lieben soll, ist sie die Erste, welche kommt

bedel wurde für immer über dem kalten Antlitz des Toten geschlossen — die letzten Trauer-Ceremonien waren vorüber. Stephen North zog Dolly's Hand durch seinen Arm und führte sie weg. Die Zwei hatten die Vorhalle der Kirche erreicht, als Dolly eine leichte Verkrüppelung fühlte. Sie wendete sich um und sah Lady Danc.

(Fortsetzung folgt.)

